

Nach der Bundestagswahl wird es ernst - „Bargeldrestriktionen 2018 immer wahrscheinlicher“

von Michael Brückner

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 08/2017

- Im medialen Schatten der Hetze gegen die neue US-Regierung von Donald Trump werden konkrete Schritte zur Abschaffung oder zumindest Einschränkung des Bargeldes eingeleitet. Sogar der Flucht in *Kryptowährungen* wie *Bitcoin* möchten Regierungen und Notenbanken einen Riegel vorschieben. Ungemach droht aber erst nach der Bundestagswahl.

Vor gut einem Jahr ließ ein Statement des Vorstandsvorsitzenden der *Deutschen Bank* aufhorchen.

- »In zehn Jahren wird es keinen Bedarf für Bargeld mehr geben«, sagte *John Cryan* auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.

Glaubt man den Verfechtern einer bargeldlosen Zukunft, so soll ein Cash-Bann unter anderem dazu beitragen, die internationale Wirtschaftskriminalität einzudämmen. Ausgerechnet die *Deutsche Bank* aber, also das Geldinstitut, an dessen Spitze *John Cryan* steht, führt nun dieses Argument ad absurdum.

→ In einer aktuellen Studie (»Bargeld, Freiheit und Verbrechen — Bargeld in der digitalen Welt«) kommen die Deutschbanker zu der für viele nicht überraschenden Erkenntnis, dass die Abschaffung von Bargeld gewinnorientierte Kriminalität nicht beseitigen werde. Für illegale Transaktionen gäbe es Alternativen zum Bargeld, heißt es. Und dann - man glaubt seinen Augen nicht - preisen die Autoren der Studie die Vorteile des Bargeldes, vor allem mit Blick auf den Datenschutz und die Bürgerrechte. Man wähnt sich in einer verkehrten Welt.

Flächendeckende Restriktionen kommen

Plötzlich vertritt also Deutschlands größte Bank ein wichtiges Argument aller Gegner von Bargeldrestriktionen oder Bargeldverboten. Ist das brisante Thema vielleicht vom Tisch?

Haben Politiker und Banker am Ende eingesehen, dass man sich mit einem solchen Schritt gerade in Deutschland keine Freunde macht? Erfreulich wäre es ja. Doch tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Öffentlich wird vor den Bundestagswahlen wohl kein Politiker dieses heiße Eisen angreifen. Doch hinter den Kulissen laufen die Vorbereitungen für Bargeldrestriktionen auf Hochtouren. In den Medien spielt dieses Thema keine große Rolle mehr,



weil die Mainstream-Journalisten - eng verbunden mit Politikern und anderen Systemprofiteuren - schon seit Wochen damit beschäftigt sind, die Empörungsmaschine gegen *Donald Trump* am Laufen zu halten.

- ❖ Tatsächlich bereitet die EU-Kommission seit einiger Zeit offenbar flächendeckende Bargeldrestriktionen vor. Davon betroffen wären alle Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Die in *Kopp Exklusiv* bereits vor über einem Jahr geäußerte Vermutung, schon 2018 könnte das Bargeld abgeschafft oder der Einsatz von Cash deutlich eingeschränkt werden, dürfte sich damit bewahrheiten. Viel Zeit bleibt also nicht mehr.

Der Brexit als billiger Vorwand

Mittlerweile führt Brüssel ein weiteres Argument gegen Bargeld ins Feld: den *Brexit*. Man müsse vermeiden, dass große Summen von Bargeld aus der EU fließen.

Deshalb seien neue Regulierungen erforderlich, die alle Staaten der Union betreffen. Bekanntlich hat die Europäische Zentralbank bereits im vergangenen Jahr beschlossen, den 500 €-Schein mittelfristig aus dem Verkehr zu nehmen.

Doch das dürfte erst der Anfang gewesen sein. Der frühere Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), *Kenneth Rogoff*, einer der glühendsten Propagandisten im »*War on Cash*«, bläst bereits zum Sturm auf



die wo-Dollar-Note. Dieser Geldschein hatte im Februar einen Gegenwert von sage und schreibe 94 Euro. Für *Rogoff* immerhin Grund genug, um von einer potenziellen Gefährdung durch Terrorismus, Geldwäsche und Korruption auszugehen.

Es dürfte also nicht lange dauern, bis auch in Europa die 200- und 100-Euro-Scheine ins Visier der Bargeldgegner geraten. Spätestens nach der Abschaffung der 100-Euro-Note wäre es dann so gut wie unmöglich, größere Beträge in bar zu zahlen. Wer zum Beispiel einen 250-Gramm-Barren-Gold kaufen und in Form eines sogenannten Tafelgeschäfts *cash* bezahlen möchte, müsste bei einem Preis von knapp 9500 Euro (Stand: Mitte Februar 2017) schon 190 50-Euro-Scheine hinblättern. Beim Kauf eines hochwertigen Gebrauchtwagens würde die Transaktion noch schwieriger.

Krieg gegen Bares ist ein Weltkrieg

Der »*War on Cash*« tobt derweil nicht nur in Europa und teilweise in den USA, sondern auch auf anderen Kontinenten. So plant zum Beispiel die australische

Regierung eine Obergrenze bei Barzahlungen und die Abschaffung der 100-Dollar-Scheine. Die scheinheilige Begründung ist überall dieselbe. Natürlich spricht man nicht davon, mithilfe eines Bargeldverbots oder einer Bargeldrestriktion noch stärker als bisher Strafzinsen einführen und die Bürger schleichend enteignen zu können. Niemand spricht davon, mit solchen Maßnahmen die Gefahr eines Bankenruns auszuschließen (wenn es kein Bargeld mehr gibt, macht es relativ wenig Sinn, zur Bank zu rennen). Kein Wort vom Interesse der Wirtschaft, das Konsumverhalten der Kunden auszuspionieren und diese Daten später an entsprechende Anbieter zu verkaufen. Nein, natürlich geht es auch in Australien nur um die Bekämpfung der Schattenwirtschaft.

Wie Bargeldrestriktionen umgesetzt werden könnten, zeigt das Beispiel Indien.

- ❖ Als alle Welt in die USA blickte, wo der neue Präsident gewählt wurde, erließ die indische Regierung ein Verbot der 500- und 1000-Rupien-Banknoten. In der Folge spitzte sich die Situation dramatisch zu. Vor den Banken des Landes bildeten sich lange Schlangen besorgter Menschen, die um ihre Ersparnisse bangten. Die Versorgungslage gerade der ärmeren Menschen verschlechterte sich erheblich. Rechtzeitig vor dem Verbot der genannten Banknoten hatte die Regierung eine Kampagne gegen die Alternativwährung *Bitcoin* gestartet. Darüber hinaus konnte dieses *Kryptogeld* nur noch über bestimmte Marktplätze gekauft werden, für die das »*Know-Your-Customer*«-Prinzip gilt. Im Klartext: *Die Behörden erfuhren sehr schnell, wer seine Rupien gegen Bitcoins getauscht hatte.*

Angeblich arbeiten die *EZB* und die *Bank of Japan* bereits mit Hochdruck daran, Trojaner zu entwickeln, um die *Blockchain-Netzwerke* ausspionieren zu können. Sollte dies erfolgreich sein, wäre es vorbei mit der Anonymität von *Kryptowährungen* wie *Bitcoin*.

- ❖ **Dann wären wir auf Dauer nicht nur das Bargeld los, auch online wäre für jeden von uns jeglicher Fluchtweg abgeschnitten, wir wären Regierungen und Notenbanken vollständig ausgeliefert.**